

Europa Aktuell 18/2020

Mitteilung zur Renovierungswelle

Mitte Oktober veröffentlichte die EU-Kommission ihre Vorstellungen zur Renovierungswelle. Städte und Gemeinden sind sowohl bei der Renovierung öffentlicher Gebäude als auch bei Maßnahmen gegen Energiearmut und dem Ausbau von Fernwärme gefragt.

Die Mitteilung der Kommission war lang erwartet und zählt aus Gemeindesicht zu einem Herzstück des Grünen Deals. Sie enthält Vorschläge, wie das EU-weite Ziel, tiefgreifende und effizienzsteigernde Renovierungen zu verdoppeln und damit bis 2030 35 Millionen Wohnungen zu renovieren, erreicht werden kann. Legislativvorschläge dazu folgen ab nächstem Jahr, etwa für die Energieeffizienzrichtlinie, Gebäuderichtlinie oder diverse Bestimmungen über Baumaterialien.

D.h. die aktuelle Mitteilung ermöglicht einen Ausblick und ebnet den Weg, verpflichtende Vorgaben enthält sie noch keine.

Womit müssen Gemeinden aber in Zukunft rechnen:

- ➔ Rückkehr des Vorschlags, alle öffentlichen Gebäude einer verpflichtenden Renovierungsquote zu unterziehen;
- ➔ Besonderer Fokus auf Schulen, Kindergärten, sozialen Wohnbau, Krankenhäuser und Verwaltungsgebäude;
- ➔ Anpassung des Energieausweises und Einführung von Mindestanforderungen für die Energieeffizienz von Gebäuden;
- ➔ Ausbau von Wärme- und Kältenetzen, da der aktuelle Energiebedarf für Wärme und Kälte um 18% zurückgefahren werden soll;
- ➔ Förderung energieautarker Orte und Gemeinschaften; im sozialen Wohnbau plant die Kommission 100 Leuchtturmprojekte zur Bekämpfung der Energiearmut und Steigerung der Lebensqualität mittels tiefgreifender Renovierung.
- ➔ Auswirkungen auf die Vergabe von Bauaufträgen mittels Energieeffizienzvorgaben oder Energieaudits;

Die Mitteilung stellt klar, dass es keinen eigenen Renovierungsfonds geben wird. Es ist vielmehr eine Entscheidung der Mitgliedstaaten, Mittel aus der Regionalpolitik, ländlichen Entwicklung oder dem Aufbau- und Resilienzfonds für innerstaatliche Renovierungsoffensiven zu nutzen. Die Herausforderung ist jedenfalls gewaltig. Die Kommission will den CO₂-Ausstoß von Gebäuden bis 2030 um 60% reduzieren (Vergleichszeitraum 2015), nur so ist das kürzlich vorgeschlagene Klimaziel von -55% überhaupt machbar. Die veranschlagten Kosten bewegen sich im dreistelligen Milliardenbereich. Die Kommission rechnet jedoch auch damit, dass eine EU-weite Renovierungsoffensive als Jobmotor wirkt.



Die im gleichen Zusammenhang veröffentlichte Empfehlung zu Energiearmut richtet sich in erster Linie an die Mitgliedstaaten und fordert diese auf, vorhandene Handlungsspielräume in der Energiegesetzgebung zu nutzen sowie betroffene Haushalte bzw. renovierungsbedürftige Gebäude bei der Programmplanung für 2021-27 besonders zu berücksichtigen. EU-weit betrifft Energiearmut ca. 34 Millionen Menschen, die österreichischen Maßnahmen gegen Energiearmut sind u.a. im [nationalen Energie- und Klimaplan](#) (s.u.) aufgelistet.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1835

Bewertung des Nationalen Energie- und Klimaplan

Mitte Oktober legte die Kommission ihre Bewertung der nationalen Energie- und Klimapläne (NEKP bzw. NECP) vor. Österreich wird ein gutes, aber nicht immer sehr ambitioniertes, Zeugnis ausgestellt. Die Kommission empfiehlt zum wiederholten Mal den Umbau des Steuersystems.

Die nationalen Energie- und Klimapläne sind Teil der Governance-Verordnung der Energieunion und müssen darstellen, wie die Mitgliedstaaten gemeinsam das aktuell geltende Klimaziel von 40% CO₂-Einsparung bis 2030 erreichen. Österreich befindet sich bei allen geprüften Indikatoren auf einem guten Weg bzw. erfüllt in den Bereichen Energieeffizienz oder Interkonnektivität schon jetzt die Vorgaben für 2030. Gerade hier aber wird das Ambitionsniveau Österreichs als gering bewertet.

Die [Analyse](#) geht auch mit Empfehlungen einher. So wird zum wiederholten Mal eine Reform der Energie- und Mobilitätssteuern gefordert. Letztere sollte nachhaltige Mobilität und E-Fahrzeuge bevorzugen. Auch die Energieeffizienz von Gebäuden kann noch wesentlich verbessert werden, beim Ausbau der erneuerbaren Energie sieht die Kommission ebenfalls Spielraum. Der zusammenfassende Bericht gibt auch einen Überblick über die 2021-2027 voraussichtlich zur Verfügung stehenden EU-Gelder. Diese könnten bei entsprechender nationaler Prioritätensetzung zum Teil in Energie- und Klimaprojekte wandern.

https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/summary_of_swd_assessment_necp_austria_en.pdf

Konsultation zu den Breitbandbeihilfen

Die Breitbandleitlinien der EU sowie das entsprechende Beihilfenregime haben bereits einige Jahre auf dem Buckel. Da krisenbedingt europaweit über flächendeckende Breitbandversorgung diskutiert wird, steht das EU-Förderregime, das den Breitbandausbau beschleunigen und den Markt stärken sollte, auf dem Prüfstand.

Gefragt wird u.a. wie welche Ziele der Breitbandleitlinien erreicht wurden und wo es Nachholbedarf gibt. Interessant für so manche Gemeinde sind möglicherweise die Fragen zum Breitbandausbau im ländlichen Raum und zu allfälligem Marktversagen, denn grundsätzlich sollte der Beihilferahmen den Ausbau am Land besonders fördern.



Die Wirksamkeit der europäischen Regeln, welche – aus Kommissionssicht – den Ausbau der Infrastruktur unter Wahrung eines fairen Wettbewerbs beschleunigen sollen und Förderungen nur bei nachgewiesenem Marktversagen erlauben, gleichzeitig aber den Netzausbau und den Betrieb durch die öffentliche Hand erschweren, steht also auf dem Prüfstand.

Der Fragebogen richtet sich an Stellen, die konkrete Erfahrungen mit dem Breitbandausbau und dem Einsatz staatlicher Beihilfen besitzen. Viele davon sind Telekommunikationsunternehmen und an Experten, die den einschlägigen EU-Rechtsrahmen seit Jahrzehnten kennen. Beiträge von Gemeinden erscheinen in Anbetracht der Dauerdiskussion über die Breitbandversorgung im ländlichen Raum dennoch sehr wichtig, sollten jedoch von jenen Mitarbeitern bzw. Abteilungen vorbereitet werden, die sich direkt um die entsprechenden Verfahren (Vergabe, Auswahl, Förderung/Beihilfe) gekümmert haben. Der Fragebogen liegt auf Deutsch vor und kann bis Anfang 2021 beantwortet werden. Benötigt wird dafür ein EU-Login.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12398-Evaluation-of-State-Aid-rules-for-broadband-infrastructure-deployment>

AdR befragt Gemeinden zu Grünem Deal und Renovierungswelle

Ohne die lokale Ebene wird es nichts mit dem Grünen Deal. Dessen ist sich auch der Ausschuss der Regionen bewusst, der Gemeinden in zwei Umfragen die Möglichkeit gibt, Erfahrungen zu teilen und in eine europäische Studie einfließen zu lassen.

Die [Umfrage zur Renovierungswelle](#) läuft bis 7. November und befasst sich u.a. mit vergangenen oder geplanten Renovierungsprojekten, den damit verbundenen Herausforderungen und vorhandenen Förderinstrumenten bzw. Förderbedürfnissen der Gemeinden. Neben den mitunter sehr allgemeinen Multiple-Choice Antwortmöglichkeiten gibt es auch Gelegenheit für freie Kommentare und Erfahrungsberichte. Im Zusammenhang mit der nun veröffentlichten Mitteilung und den absehbaren Legislativprojekten ist es durchaus sinnvoll, aus der kommunalen Praxis zu berichten und diese in die weiteren Überlegungen der Kommission einfließen zu lassen.

Die [Umfrage zum Grünen Deal](#) setzt sich mit der Frage auseinander, wie die COVID-19 Krise das Investitionsverhalten der Gemeinden beeinflusst und welche der zahlreichen Maßnahmen des Grünen Deals vor der Krise geplant waren bzw. als Beitrag zur Wiederbelebung der Wirtschaft nun angedacht werden. Die damit verbundenen organisatorischen und finanziellen Herausforderungen, Berichterstattungsmechanismen sowie das Zusammenspiel von Green Deal und SDGs sind weitere Bestandteile des Fragebogens, der noch bis 23. Oktober online ist.

Überblick über Summe der österreichischen Regionalförderungen

Die EU-Kommission gibt Einblick in die Summe der aus den Regional- und Kohäsionsfonds ausbezahlten Mittel. Für Österreich ermöglicht dies, die seit dem EU-Beitritt je Bundesland geflossenen Förderungen nachzuvollziehen.



So konnte z.B. Niederösterreich seit 1994 über 2 Milliarden Euro in regionale Projekte investieren, die Steiermark und Oberösterreich folgen bei der Auflistung nach absoluten Zahlen. Vierter in der Liste ist übrigens das Burgenland. Am lukrativsten war die Förderperiode 2007-2013, was wohl v.a. der EU-Erweiterung geschuldet ist.

<https://cohesiondata.ec.europa.eu/EU-Level/Historic-EU-payments-by-MS-NUTS-2-region-filter-by/2qa4-zm5t>